Einzelpreis 40 Pfennig.

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 3.70, vierteljährlich M. 11.—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 5.—, vierteljährlich M. 15.— im übrigen Ausland monatlich M. 7.—, vierteljährlich M. 20.—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647 — Geschäftszeit 8½—4½ Uhr, Samstag 8½—12½ Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 2.—, für München M. 1.50 mit entsprech. Nachl. Reklamezeile M. 8.— Finanzanzeigen netto M. 1.50. Familienanzeigen M. 1.20, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 1.—. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf: 20 647. — Drahtanschrift: Beobachter München Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 84 | München (Samstag), den 5. November 1921 | 35. Jahrgang

F. M. I. Reh... und Museum f. Zeitgeschichte

Die Riesenwucherbeute bayerischer Viehjuden

und deren Tribut an sozialdemokratische Führer

Zunächst steht einmal fest: Am 13. Dez. 20 erhielten von der „Einkaufs- u. Lieferungsgenossenschaft des Landesverbands bayer. Viehhändler" in München (der „E. u. L.", wie wir sie in folgendem abkürzen) der hiesige 1. Bürgermeister Schmid (M.S.P.) 50 000 M. und sein Gesinnungsfreund Auer 20 000 Mark, und zwar wurden die beiden Beträge den genannten zwei Herren von dem damaligen Vorstandsmitglied der Genossenschaft Waldhier in bar übergeben, nachdem dieser sie mittels Schecks bei der Viehmarktbank abgehoben hatte.

Die Schecks lauteten nicht auf die Namen der Empfänger, sondern „auf uns selbst"; dazu kommt noch, daß die beiden Summen in den Büchern der „E. u. L." ohne jede weitere Erklärung als „Unkosten" vermerkt wurden — alles in allem wohl kaum das Zeichen eines reinen Gewissens, sondern weit eher das der dunklen Absicht, Personal und Bank über den nicht ganz koscheren Zweck der Gelder im unklaren zu lassen.

Hätte es sich gleich von vornherein, wie nachträglich behauptet wurde, um eine Wohltätigkeitssache gehandelt, so wäre doch, wahrhaftiger Gott, für die Genossenschaft nicht der geringste Grund vorhanden gewesen, ihr Licht so schamhaft unter den Scheffel zu stellen. Warum buchte sie denn die 26 000 Mark, mit denen sie im Juni 1921 Herrn Auer neuerdings beglückte, richtig, nämlich klipp und klar als ein Geschenk an den (soz.-dem.) „Jugendfilm"? Eine erstaunliche Inkonsequenz, geradezu verblüffend, wenn man bedenkt, daß Geschäftsleuten sonst nichts lieber zu sein pflegt, als durch genaue Buchung der näheren Bestimmung ihrer Ausgaben gegen jeden Angriff gewappnet zu sein.

Nun spielt aber in den Büchern der „E. u. L." noch ein weiterer Betrag von 50 000 M. unter dem nicht minder fadenscheinigen Titel „Gratifikation" eine Rolle, wovon bis jetzt noch keine Silbe an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Auch er soll, wie unlängst der Direktor der Genossenschaft, der Mosaiker Artur Bensinger, bekundete, am 13. Dezember 1920 „für wohltätige Zwecke" an die Herren Schmid und Auer abgeführt worden sein, so daß es sich also, was diese beiden Herren betrifft, nicht um die bereits in den Zeitungen besprochenen 96 000 M., sondern um 146 000 M. handeln würde. Angenommen, das stimmte, so gäbe es nur zwei Möglichkeiten: entweder hätte Bensinger falsch ausgesagt, oder die Herren Auer und Schmid wären eines starken Schuldbewußtseins überführt, weil sie bis zum heutigen Tag nur die 96 000 Mark zugegeben haben!

An sich belastet schon diese Summe, auch wenn sie tatsächlich nur zur Wohltätigkeit verwandt wurde, die genannten zwei Führer einer Partei, welche die Belange der Minderbemittelten zu wahren vorgibt, auf das allerschwerste: wurde sie doch aus den Händen einer notorischen, gerade die Minderbemittelten unerhört schädigenden Wuchergesellschaft in Empfang genommen!

Nicht so handgreiflich, obschon um kein Haar weniger bitter, liegen die Dinge hinsichtlich der 250 000 Mark, die der Syndikus der Gesellschaft, Dr. Lemle, erhielt, insofern an dessen Kanzlei der große Parteiführer Alwin Saenger beteiligt ist und deshalb wohl auch durch den genannten Betrag mit erfreut wurde. Im übrigen stelle man sich bloß vor: 250 000 M. Vergütung innerhalb eines einzigen Jahres! Und man vergesse nicht, daß eine ganze Zeit lang in der Presse das Vorhandensein eines Syndikus der Genossenschaft bzw. die Viertelmillion Vergütung offiziell bestritten worden war!

•

Die „E. u. L." ist am 14. Dezember 1919 in München gegründet worden. Damalige Vorstände: die Juden Artur Bensinger, Edwin Heß, Siegfried Jacob und der „Christ" Ludwig Mißelbeck, von denen Jacob in Würzburg, die übrigen in München hausen.

Der Gegenstand des Unternehmens war: „Ein- und Verkauf von Vieh und sonstiger in den Beruf einschlägiger Waren, Geldbeschaffung und Geldverkehr für den Viehhandel, Übernahme von Lieferungen an staatliche und gemeindliche Behörden, private Anstalten und andere wirtschaftliche Betriebe." Die Haftsumme betrug pro Genossen ganze 2000 Mark.

Am 24. Januar 1921 schieden Heß und Jacob aus dem Vorstand aus; an ihre Stelle traten der Viehhändler Eugen Loeb, Geinsheim i. d. Pfalz, und Joseph Waldhier, München.

Auf Grund eines Vertrages mit der bayerischen Regierung (ohne Juden geht es auch bei ihr nicht ab) wurde der Genossenschaft die Viehlieferung an Frankreich und Belgien übertragen. Vom Reichsministerium bzw. der Viehablieferungskommission, waren nämlich die Kontingente an die verschiedenen deutschen Bundesstaaten abgegeben worden, deren Regierungen ihrerseits wieder mit Unterbehörden oder, wie in Bayern, mit Privatgesellschaften Verträge zwecks Aufbringung der benötigten Tiere eingingen.

In Bayern hat den Vertrag mit der „E. u. L." das Landwirtschaftsministerium, vertreten durch Ministerialrat Attinger, abgeschlossen.

In diesem Vertrag lautet, was besonders hervorzuheben ist, ein Passus: „Derartige, mit rückwirkender Kraft nachträglich gewährte Vergünstigungen haben die G. K. auf Verlangen der bayerischen Regierung ausschließlich den Viehherzeugern zur Verfügung zu stellen."

Die Reichsregierung bzw. der Fiskus handhabte nämlich, der allgemeinen Preissteigerung entsprechend, die Sache so, daß sie für den Erzeuger pro Kuh am 13. Dezember 1919 — 3300 Mark, am 19. Februar 1920 — 3960 M., und am 19. April 1920 — 5500 M. als Erlös festsetzte, während sie den aufbringenden Organisationen der ganzen Zeit über 12% Pauschale einräumte.

Hinsichtlich der Verkaufspreise war die Steigerung unzweifelhaft richtig, weil eben die Viehpreise überall in die Höhe gingen, aber hinsichtlich der 12% Pauschale hat die Reichsregierung einen schweren Fehler begangen. Sie übersah, daß sich mit den Viehpreisen auch die Pauschale erhöhte, wofür aber durchaus keine Berechtigung vorhanden war, weil die Spesen der Organisationen die gleichen blieben, wie sie bei den niedrigen Viehpreisen waren.

So brachten die 3300 M. Einkaufspreis der „E. u. L." 396 Mark Pauschale, die 3960 M. bereits 475,20 M. und die 5500 M. gar 660 M. pro Stück Vieh.

Dazu kommt folgendes: Die hohen Preise bezweckten, nur erstklassige Tiere, wie sie vom Feindbund kategorisch gefordert waren, abzuliefern. Die Aufkäufer bzw. Viehhändler der „E. u. L." kümmerten sich aber den Teufel um diese Absicht: nur zu häufig erwarben sie um verhältnismäßig billiges Geld minderwertige Tiere und steckten die Differenz zwischen ihren Ausgaben und den ihnen von der Regierung bezahlten hohen Preisen, statt diese Differenz laut Vertrag den Erzeugern zuzuführen, kaltlächelnd in ihre Taschen. In Bayern war das durch die Bank so, während z. B. in Württemberg infolge einer gewissenhaften Fürsorge des dortigen Landwirtschaftsministeriums die Differenzbeträge ebenso wie die vom Reich bewilligten Nachzahlungen samt und sonders den Erzeugern zugute kamen. Trotzdem wurden in Württemberg aus den 12% Pauschale Gewinne, wenn auch keine übertriebenen, erzielt, die dann wieder von den Bezirksvereinen zum Ausbau der Viehzucht, überhaupt zur Förderung der Landwirtschaft, verbraucht wurden, somit ebenfalls den Erzeugern zuflossen, nicht aber, wie in Bayern, einer privaten Spekulationsgesellschaft.

Die bayerische Regierung hat der „E. u. L." einen unbegreiflichen Vorzug eingeräumt, nämlich die Erlaubnis, das Vieh im „Wege des freien Handels" aufzukaufen; wobei noch nicht einmal klar ersichtlich war, ob sich auch Nichtmitglieder der „E. u. L." daran beteiligen durften. Den „Segen", der unserer Landwirtschaft daraus erwuchs, kann sich jeder Fachmann von selbst vorstellen.

Schon am 20. März 1920 äußerte sich das Bezirksamt Gunzenhausen in einem offiziellen Schreiben folgendermaßen: „Die Landwirte sind in völliger Unkenntnis über die in Betracht kommenden Preise. Die Händler werden wieder Millionen auf Kosten der Landwirtschaft verdienen. Dazu machen sie den Landwirten vor, dieses Vieh werde ihnen auf ihr Schlachtviehsoll angerechnet."

Endlich, am 22. und 28. Juni 1921 (über ein Jahr nach jenem Schreiben!), erging ein Gerichtsbeschluß des Amtsgerichts München bzw. der Staatsanwaltschaft München I, wonach eine Kontrolle und Durchsuchung der Genossenschaftsräume sowie einzelner Privatwohnungen zu erfolgen habe, was denn auch am 30. Juli 1921 durch Beamte der Landeswucherabwehrstelle geschah. Dabei wurden zahlreiche Beweisstücke in Verwahrung genommen; es heißt, die Beschuldigten sollen sie „freiwillig" abgegeben haben.

Nach Sichtung des Materials war klar zu ersehen, daß die in der Presse gegen die „E. u. L." erhobenen Angriffe durchaus der Wahrheit entsprochen hatten. Die Genossenschaft hatte Millionen Gewinne gemacht. Wenn gewisse Zeitungen für sie trotzdem eintreten, so können sie das nur unter Verdrehung der Tatsachen tun.

Aus dem Ententegeschäft ergab sich für die Genossenschaft ein Reingewinn von rund 6¼ Millionen Mark, trotz der ungeheueren Verschwendung, die in dem Betrieb herrschte! Bei einigermaßen sparsamer Handhabung der Ausgaben, z. B. der Gehälter und Spesen (ein geradezu wahnwitziges Kapitel!), hätte sich der Reingewinn geradezu verdoppelt!

Wie Bensinger selbst in der Aufsichtsratsitzung vom 10. April 1921 dartat, hatte den Riesengewinn nur der günstige Vertragsabschluß mit Dr. Attinger ermöglicht.

Summa summarum ist also der Genossenschaft vorzuwerfen:

1. Preistreiberei. Sie ließ sich für das von ihr für die Entente aufgekaufte Vieh einen höheren Preis bezahlen, als sie selbst bezahlt. Wenn sie sich darauf beruft, daß die hohen Preise von der Reichsregierung ausgesetzt worden seien, so muß ihr entgegengehalten werden, einmal, daß die Regierungspreise, als den norddeutschen Verhältnissen angepaßt, für Bayern überhaupt zu hoch waren; fürs zweite, daß die Differenzbeträge nicht ihr, sondern den Erzeugern hätten zugute kommen müssen, wie ja das im Vertrag, allerdings recht unbestimmt, festgelegt war. Statt dessen ließ sie beim Aufkauf schon den Viehhändlern etwa 1000 bis 3000 Mark pro Tier verdienen, und heimste für sich selbst an den Regierungspreisen sowie an den Nachzahlungen je 4 und 5% ein, dazu die 12% Pauschale noch extra.

2. Ist der Genossenschaft glatter Betrug vorzuwerfen. Laut Vertrag hatte sie Anspruch nur auf die 12% Pauschale, keineswegs aber auf einen Gewinn noch nebenbei. Statt dessen wurde unter stärkster Preisdrückerei den Erzeugern möglichst wenig bezahlt, und dann der volle Regierungspreis samt der Pauschale seelenruhig eingesteckt. So wurden z. B. Tiere um 3000 M. gekauft und um 5500 M. abgeliefert. Ihren Viehhändlern allerdings zahlte die Genossenschaft den Regierungspreis, behielt sich aber, ohne hierzu auch nur im geringsten berechtigt zu sein, 5% Provision zurück, ja sogar noch 10% Kaution, die ihr bei der großen Menge der Objekte ganz bedeutende Zinsen trugen.

Ferner ist die Genossenschaft nicht davor zurückgeschreckt, auch von den Nachzahlungen, die das Reich den Erzeugern gewährte, 4 Prozent für sich einzubehalten, was ebenfalls jeder rechtlichen Grundlage entbehrte.

Nur ein einziges Beispiel: Einmal wurden sieben Rinder zum Preise von 30 130 M. gekauft, während der Regierungspreis 38 500 M. betrug. Von der Differenz erhielt der Aufkäufer 6880 M., die Genossenschaft ihre 4%, macht 1540 M., und die 12% Pauschale, macht 4620 M., zusammen also 6160 M. von der einzigen kleinen Lieferung!

Dabei übersehe man nicht, daß die Viehaufkäufer zu allermeist Mitglieder der Genossenschaft sind und waren!

Zu allem Überfluß fielen den Erzeugern noch alle möglichen Spesen der Genossenschaft zur Last, z. B. Fütterungskosten, Warenumsatzsteuer, tierärztliche Untersuchung, Sturzrisiko, Fracht- und Unfallrisiko, Zinsverlust, Trinkgeld usw.

Von vornherein hatte die Genossenschaft das Bestreben, die Nachzahlungen (d. h. die Steigerung des Regierungspreises) möglichst für sich einzubehalten, oder wenigstens den Viehaufkäufern, also ihren Mitgliedern, zu sichern, und nur in ganz unzweideutigen Fällen, wo sich eben nichts mehr verdrehen ließ, kamen die Nachzahlungen ungeschmälert den Erzeugern zugute. Vielen Landwirten, die sich der Nachzahlung wegen meldeten, wurde vorgetäuscht, sie hätten keinen Anspruch auf eine solche, weil bei ihnen der erhöhte Preis bereits zugrunde gelegt worden sei, weshalb sie sich auch die erwähnten Abzüge gefallen lassen müßten.

Diese Machenschaften werden durch einen Brief der Genossenschaft an Leonhard Gündel in Wiebelsheim bestätigt; seltsamerweise heißt es darin ausdrücklich, daß Dr. Attinger eine Abschrift des Briefes empfangen habe.

Mit welcher Bauernfängerei die Viehhändler vorgingen, um den Erzeugern die Nachzahlung zu hinterziehen, ergibt sich daraus, daß die Landwirte sich soundso oft verpflichten mußten, auf jede Nachzahlung zu verzichten.

Der Betrug, den die Genossenschaft durch alle diese Machenschaften im Bund mit den Viehhändlern verübte, geht, wie gesagt, in die Millionen und aber Millionen; er muß, da das ganze Volk in Mitleidenschaft gezogen wurde, ein ungeheurer Volksbetrug genannt werden. Er wäre schlechterdings unmöglich gewesen, wenn es dem Vorstand der Genossenschaft nicht gelungen wäre, mit Dr. Attinger bzw. der bayerischen Regierung den unglückseligen Vertrag abzuschließen.

Es gäbe noch sehr viele Punkte, die hier gegen das unglaubliche Geschäftsgebaren der Genossenschaft anzuführen wären; bis auf weiteres mögen die mitgeteilten genügen. Nur von den Sonderverdiensten einzelner Mitglieder soll noch ein kleines Wort gesprochen werden.

So betrugen z. B. diejenigen des Direktors Artur Bensinger (bei einem Monatsgehalt von 5000 M.!) vom 14. Mai 1920 bis zum 1. Juli 1921 — 435 308,50 M.; die des Edwin Heß vom 10. Mai 1920 bis 24. Juni 1921 — 227 070 M.; die des Joseph Waldhier vom 24. April 1920 bis zum 24. Juni 1921 — 360 173,20 M.; die des Max Landecker, Neumarkt i. O., vom 8. Juli 1920 bis zum 24. Juli 1921 — 165 397,90 M., usw., usw. ad infinitum.

Damit Schluß für heute. Schon seit wer weiß wie langer Zeit ahnt das Volk in wachsender Erregung die hier geschilderten Zustände. Da wir Nationalsozialisten leider nicht den nötigen Einfluß besitzen, hoffe ich, daß die sozialdemokratischen Parteien nunmehr ihren großen in die Wagschale werfen, damit dem grenzenlosen Unrecht endlich einmal gesteuert wird.

Dietrich Eckart.

Endlich werden die Wucherer hängen!

„Zitternd und bebend" rasen sie in ihren Autos durch die Straßen, „angstgepeinigt" saufen sie ihren Sekt in den Bars und Kneipen, „schreckgemartert" verschwitzen sie die Polster in den Logen der Theater und der ersten Wagenklasse, „zähneklappernd" jagen sie hinter anständigen und unanständigen Frauen her, um in „Todesqualen" freche Lust zu genießen, „knieschlotternd" ergaunern sie Riesengewinne in „reellen" Geschäften, die Schieber, Wucherer, Juden und Judenchristen; denn also entschloß Gruppe VII des vorläufigen Reichswirtschaftsrates (Verbraucherschaft):

„Der Reichswirtschaftsrat lenkt die Aufmerksamkeit der Reichsregierung nachdrücklichst auf die sprunghafte Steigerung der Preise für alle Gegenstände des täglichen Lebensbedarfes und die daraus hervorgehende unerträgliche Notlage der gesamten Bevölkerung und ersucht die Reichsregierung, schleunigst alle Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Entwicklung und insbesondere den lediglich gewinnsüchtigen Absichten entsprungenen Preistreibereien und den zunehmenden Verkäufen an das Ausland entgegenzutreten."

Grauenhaftes Entsetzen geht durch die Schieberwelt; das erkennt man allein schon daran, daß die „Münchener Post" diese Entschließung einen Vorstoß nennt. Zwei Spalten auf der ersten Seite ihrer Nummer 253 verwendet sie in der Preistreibersache mit einem Aufruf „An alle!". Wer das gelesen hat, der weiß, daß jetzt der letzte Schieber ausgeschoben hat. Das muß man gelesen haben. Heiliger Himmel, das mußte ja einschlagen! Weiß Gott, ich kann mich über manche Dinge auch wahnsinnig entrüsten, aber so vernichtend, wie die „M. P.", kann ich es wirklich nicht. Besonders was z. B. den Milchwucher anbelangt, da geht einem die Gänsehaut über den Rücken, wenn man in der gleichen Ausgabe der „M. P." liest:

Die Milchschande. Abermals steht, wie bekannt, eine Milchpreiserhöhung bevor. Der Wucher geht ins Aschgraue. Diesmal wird eine besondere Schändlichkeit hinzugefügt: An vielen Verkaufsstellen gibt es heute keinen Tropfen Milch. Die Säuglinge müssen hungern. „Kommen S' morgen", wird seelenruhig erklärt. Morgen gilt der erhöhte Preis. Ob auf der Bahn keine Milch angekommen ist, wissen wir nicht. Aber einerlei, ob die Bauern, die Molkereien oder die Händler die Milch einen Tag zurückhalten, um den Preisaufschlag zu „verdienen": Eine schofle Tat ist es!

Eine schofle Tat ist es! Man bringe mir jemand, der noch grimmiger höhnen kann über eine Not, durch die Tausende langsam verrecken müssen! Ein Sterben ist's ja nicht mehr zu nennen, man verzeihe mir den furchtbaren Ausdruck.

Sie pfeifen euch was und scheren sich den Teufel um eure Entschließungen und „durchgreifenden" Maßnahmen-Forderungen und Überwachungen des Verkehrs, sie lachen darüber nur, die Schieber und Wucherer! Solange die Verbrechergesellschaft, die gerade von der „M. P." so eingehend geschildert wird, nicht den Galgen aufgerichtet sieht, solange sie nicht sieht, daß kurzerhand ein paar Dutzend dieser Lumpen wirklich hängen, solange ihr das nicht fordert und tut, seid ihr Mitschuldige dieser ungeheuerlichen Verbrecher! Von der Reichsregierung Hilfe zu erwarten, noch dazu mit solch windelweichen, jammerseligen Entschließungen! Nur restlose Verblödung kann sich solchen Träumen hingeben. Ist denn das Leben dieser Lumpen von Preistreibern und Schiebern, ob Juden oder Christen, so heilig, daß daran Millionen Volksgenossen zugrunde gehen müssen? Ihr Leser der „M. P." vor allem, seht ihr denn nicht, daß dieser Fetzen euch betrügt? Habt ihr so wenig Macht über das Blatt, das eure Interessen vertreten soll, daß ihr es nicht zwingen könnt, laut vernehmlich nach der Todesstrafe für jeden Wucherer zu rufen? Ihr seid sonst so streikbereit, warum helft ihr nicht die Regierung zwingen, den Galgen aufzurichten? Eher gibt's keine billige Kleidung und Nahrung. Wer es nicht glauben will, der wird es fühlen müssen!

Hsj.

Der Sinn der deutschen Niederlage

Wie sehr das Judentum den deutschen Zusammenbruch als seinen Sieg ansieht und wie offen es die Förderung seiner Belange durch die deutsche Niederlage auszusprechen wagt, geht aus einer bisher wenig beachteten Äußerung hervor, die Prof. Hans Freiherr v. Liebig in seinem ausgezeichneten Buche „Wege zur politischen Macht" (München, Verlag v. J. F. Lehmann, Preis geh. 16 M., geb. 21 M.) der Vergessenheit entzieht. Liebig schreibt:

Ein Doktor Hugo Ganz, der sich „einen Deutschen" nennt, hat mitte Dezember 1919 in der „Neuen Züricher Zeitung" einen Aufsatz veröffentlicht: „Der Sinn der deutschen Niederlage." Darin heißt es u. a.: „Notwendig im entwicklungsgeschichtlichen Sinne war die Niederlage der preußischen Militärautokratie, weil die Frage des Vorrangs und der politischen Machtstellung der verschiedenen Menschentypen in diesem Kriege zur Entscheidung gelangt ist. Ob der militärische, aus dem Grundherrentum hervorgegangene, durch Gewalt herrschende, oder der zweite, intellektuelle, durch Klugheit leitende Menschentypus die Geschicke der Völker bestimmen soll". „Die Rettung Deutschlands und der Friede Europas hängen davon ab, daß der Sinn der Niederlage der Mittelmächte richtig erkannt und von den jetzt herrschenden Parteien in Deutschland beherzigt werde; dieser Sinn ist die Überwindung des militaristischen, die Alleinherrschaft des zivilen, um nicht zu sagen, des zivilisierten Menschen." Dr. Ganz wird aber noch deutlicher; er verrät uns auch, wie dieser zivilisierte Mensch aussieht. Deutschland hat die Niederlage verdient, „verdient auch, weil derselbe Geist, der diesen Frieden (deutschen Verzichtfrieden) unmöglich gemacht, mit seinen typischen Repräsentanten, den preußischen Militär-Autokraten und den alldeutschen Geschichtsprofessoren, auch das von England angebotene Bündnis und damit die Verhütung der Weltkrise verhindert hat, und zwar verhindert nicht so sehr aus realpolitischen Erwägungen, wie Bülow nachträglich glauben machen will, sondern aus ostelbischer Abneigung gegen die innerpolitischen Konsequenzen, die ein solches Bündnis zur Folge gehabt hätte, und gegen den westeuropäischen Geist, gegen den demokratischen Gedanken und seine typischen Vertreter, die Advokaten, Händler und Journalisten, oder mit alldeutscher Abkürzung gesagt, gegen die Juden". —

Aus der Sprache des jüdischen Herrn Dr. Ganz (er ist übrigens auch Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung") ins Deutsche übersetzt heißt das: Die Deutschen mußten niedergeworfen werden, damit die Juden zur Macht kamen. Die Niederlage war die Strafe dafür, daß das deutsche Volk dem jüdischen Geist noch nicht restlos ergeben war. Und nur wenn der Jude künftig Alleinherrscher ist, kann dem deutschen Volk das nackte Leben bewilligt werden, wird der Jude keinen neuen Krieg entfachen. Das ist fürwahr ein offenes Geständnis!

Klr.

Die neueste Teufelei

In den Zeitungen finden wir nachstehende Meldung aus Riga vom 30. Oktober 1921:

„Die Sowjetregierung teilt in einer von Tschitscherin unterzeichneten Note den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und Amerikas mit, daß sie angesichts der sterbenden Volksmassen unter gewissen Bedingungen bereit sei, die alten Schulden anzuerkennen. Sie ist bereit, die von der Zarenregierung vor 1914 abgeschlossenen Anleihen zurückzuerstatten, falls die Abtragung zu günstigen Bedingungen erfolgen könne.

Selbstverständlich könne die Sowjetregierung diese Verpflichtung nur übernehmen, falls die Großmächte mit Rußland einen endgültigen allgemeinen Frieden schließen und die gegenwärtige Regierung anerkennen. Zu diesem Zwecke schlägt die Sowjetregierung die schnellste Einberufung einer internationalen Konferenz vor, die die gegenseitigen Forderungen prüfen und den endgültigen Friedensvertrag ausarbeiten solle."

Die Begründung, daß die Sowjetregierung „angesichts der sterbenden Volksmassen" bereit sei, die alten Schulden anzuerkennen, ist so ungeheuerlich, daß selbst der eingefleischteste Schwarzseher so etwas nicht zu erwarten wagte. Die ganze Meldung ist danach angetan, die getreuliche Zusammenarbeit der Sowjetostjuden mit den Ententewestjuden erkennen zu lassen. Nachdem das russische Reich in vollster Auflösung und Ermattung begriffen scheint, also aus sich heraus wehrlos ist gegen das Moskauer Blutregiment, nachdem Millionen der gewaltsam herbeigeführte Hunger zermürbt und widerstandslos zu machen droht, will man das russische Volk bis zur völligen und absoluten Blutleere dadurch aussaugen, daß man die alten Schulden an die westlichen Judenbanken auch noch anerkennt, d. h. die Verzinsung dieser Schulden und damit eine erhöhte Besteuerung der Arbeitskraft des Volkes wiederaufleben läßt. Shylok besteht auf seinem Schein, der Jude will sein Geld, und der Jude will ihm dazu verhelfen. Das ist der Kern dieser Teufelei. Zuerst stieß man das Volk ins gräßlichste Elend. Wenn der gefährliche Punkt erreicht ist, wo das Elend vielleicht die Sowjethenker hinwegzuspülen droht, will man sich die Anerkennung der westlichen Großmächte durch diesen Schachzug sichern, um sich behaupten zu können durch die zu erwartende Unterstützung. Der „Gaulois" in Paris, der die Sache richtig erkannte, wenn er schreibt, daß die Note Tschitscherins nur beweise, wie die Moskauer Regierung täglich kränker werde, wird nichts gegen die Judenbanken ausrichten; denn die wissen nur zu genau, daß der Zusammenbruch der Moskauer Regierung der erste Schritt zur Befreiung Deutschlands würde. Deutschland aber soll den Weg Rußlands gehen, auf dem es ja wirtschaftspolitisch schon ziemlich weit vorwärtsgetrieben ist durch die prächtige Finanzpolitik Wirths und seiner Vorgänger. Die Formel dieser Finanzpolitik lautet: Anleihe — Zins — Steuern — (= Versklavung der Arbeitskraft!!) — Verteuerung des Lebens — Lohnerhöhung — Verteuerung der Produktion — Steuern — Zins — Anleihe ad infinitum. Und in allen Staaten das gleiche Bild! Alle müssen sie heute zinsen und roboten für das Weltleihkapital der jüdischen, überstaatlichen Finanzgewalt, bis die Völker müdegehetzt sind und sich dann die offen erklärte Weltherrschaft Judas gefallen lassen. Aber die Bäume wachsen auf dieser Erde nicht in den Himmel, auch die Zedern des Libanon nicht! Noch gehen die Völker scheinbar blind einher; aber das Licht bricht durch da und dort, und die Schnelligkeit des Lichtes ist größer, als die Judenkommissare in Moskau glauben wollen!

Hsj.

Ledebour in Paris über Oberschlesien

„Fast einstimmig sei das deutsche Volk der Ansicht, daß die Entscheidung des Völkerbundsrates ungerecht sei ... Die Teilung zerstöre die wirtschaftliche Entwicklung Oberschlesiens. Im übrigen seien ja auch die Ententeländer von den durch den Spruch des Völkerbundes geschaffenen Schwierigkeiten überzeugt; denn sie hätten ja (Obacht jetzt!! D. V.) eine besondere wirtschaftliche Organisation für Oberschlesien für die Dauer von 15 Jahren beschlossen; aber ob es Unrecht sei oder nicht, Deutschland müsse versuchen, den Schiedsspruch auszuführen. Die deutschen Arbeiter wollten mit den französischen Arbeitern Frieden; sie wollten jeden Haß unter den Völkern bekämpfen (dafür aber den Bruderhaß bis aufs höchste treiben. D. V.) und gegen alle kriegerischen Vorbereitungen (die nicht zum Bürgerkrieg gemacht werden D. V.) vorgehen. Aber die deutschen Nationalisten hätten in Berlin bei den Stadtverordnetenwahlen eine große Anzahl Stimmen gewonnen wegen der Oberschlesienlösung. Jetzt sei es schwieriger sie zu bekämpfen." Wer wird denn weinen, wenn's ein bißl schwerer geht! In England gilt auch der Spruch: „Recht oder Unrecht", aber der Nachsatz heißt: „mein Vaterland". Natürlich, die „Nie-wieder-Krieg-Kastraten" haben andere Grundsätze, weil ihre Führer Juden und Judenknechte sind. Aber es kommt schon noch der

Wochenschau.

Der Wirth ist tot, es lebe der Wirth!

Der alte Wirth bekam von neuem die Konzession zum Betrieb des Reichsausschanks. Alle alten Spezialitäten werden wieder geführt: Erfüllungsfusel, Parteisuppe, politischer Salat, Defizittierwasser. Auch die bewährte Reichs-Wurstelei bleibt weiter in Tätigkeit.

In Ungarn wurde durch den Monarchen die Monarchie erledigt.

Auf Befehl seiner Zita getraute sich Karlchen sogar ins Flugzeug. Seinen Mut richtig einzuschätzen, ist die Waschfrau der Familie Habsburg wohl am besten in der Lage.

Karlchen kommt nicht nach St. Helena. Das war eine kleine Insel für einen großen Mann. Karlchen kommt nach Madeira. Es ist das eine große Insel für einen kleinen Mann.

Der Dollar spielt mit der Mark weiter Katze und Maus. Ein kalter Winter steht uns bevor. Es ist aber zu erwarten, daß sich die Deutschen gegenseitig tüchtig einheizen.

Das Auswanderungsproblem dürfte als gelöst gelten. Durch die ständige Erhöhung des Milchpreises wird der Übervölkerung so wirksam vorgebeugt, daß bald kein Deutscher mehr auswandern muß.

Fritz de Ereignis.

Alois Senefelder

Zum 150jährigen Geburtstag.

Der Erfinder des Steindruckverfahrens (Lithographie), Alois Senefelder, wurde am 6. November 1771 in Prag geboren. Er kam, durch die Berufung seines Vaters als Hofschauspieler, nach München. Nachdem derselbe 1792 starb, mußte Senefelder sein Studium aufgeben. Er wollte sich nunmehr, gleich seinem Vater, der Bühne widmen. Da ihm dies nicht glückte, wurde er Theaterschriftsteller. Er verfaßte mehrere Werke, wovon aber nur zwei erschienen. Dieser Beruf veranlaßte ihn, unermüdlich nach einem neuen billigen Verfahren zu suchen, das den teuren Notenkupferstich ersetzen sollte. In den Jahren 1796—1797 gelangen ihm denn auch die ersten Proben des Steindruckverfahrens. Der ihm befreundete Hofmusikus Gleißner unterstützte ihn hierauf mit Geldmitteln, und Senefelder errichtete nunmehr die erste Steindruckerei in München. Die Erzeugnisse derselben waren ausschließlich Notendrucke, wobei er sich einer selbsterfundenen Presse bediente, die noch heute im Deutschen Museum zu sehen ist. Bald darauf brachte ihn der Musikverleger André nach Offenbach, woselbst er mit Senefelder einen lithographischen Verlag (Musikaliendruckerei) errichtete. Doch schon 1800 trennte sich Senefelder wieder von ihm und zog nach Wien. Hier wurden die nötigen Geldmittel für sein Unternehmen aufgebracht, und er verwertete seine Erfindung im Kattundruck. 1806 kehrte Senefelder wieder nach München zurück. Daselbst errichtete er abermals eine Steindruckerei und baute seine Erfindung immer weiter aus. Bald darauf wurde ihm das Amt eines Inspektors in der Kgl. Landkartendruckerei verliehen. Hier gelang es ihm dann noch, nach langjährigem, eifrigem Bemühen, den Druck farbiger Blätter zu erfinden. Mit diesem seinem letzten bedeutungsvollen Werke beendete Senefelder am 26. Februar 1834 seinen Lebenslauf.

Aus Anlaß des 150jährigen Geburtstages hat die Staatsbibliothek eine Ausstellung, „Die Lithographie im Buch während des ersten Vierteljahrhunderts der Erfindung", veranstaltet. Sie ist vom 2. bis 12. November (werktags von 8 bis 1 und 3 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 6. November, vormittags von 9 bis 12 Uhr) für jedermann zugänglich. Die Ausstellung, die chronologisch geordnet ist, zeigt zuerst Schriftstücke aus dem Leben Senefelders, seine Theaterstücke, das erste lithographische Werk mit Noten: „Der Brand in Neu-Otting", dann Schreib- und Zeichenvorlagen, Pflanzen- und Tierbilder, Landkarten. Hierauf folgen farbige Zeichnungen, Dreifarbendrucke, Öldrucke von Senefelder, und den Schluß bildet eine Reihe Notendrucke. Die Ausstellung, die technisch und künstlerisch hervorragende Werke zeigt, dürfte für viele sehr interessant und lehrreich sein.

H. S.

Münchener Theater und Konzerte

— **Der Schmied von Kochel**, 5 Akte von Knechtschaft, Not und Tod. Die Spielleitung teilt uns mit, daß wegen der noch zu überwindenden sehr großen, technischen Schwierigkeiten der Beginn der Aufführungen auf Anfang nächster Woche verschoben werden mußte. Der Termin der Uraufführung wird noch bekanntgegeben.

— **Münchener Konzerte.** Der Liederabend der Dresdener Altistin Lydia Burger-Semmler hat mich in meinen Erwartungen in bezug auf das strenge Programm nicht enttäuscht. Die Sängerin verfügt nicht nur über ein schönes Organ, das in allen Lagen gut klingt, sondern sie weiß auch im Vortrag zu fesseln. Wie sie die vier ernsten Gesänge von Brahms vortrug, war Beweis dafür, daß sie jedem Oratorium gewachsen sein muß.

Auch Kammersänger Schützendorf (Staatsoper Berlin) befriedigte mit seinem Balladenabend durchaus. Sein Organ wird noch durch ausgezeichnete Sprachtechnik vervollkommnet. Allerdings liegen ihm Balladen weniger, er arbeitet sie zu wenig fein aus, und müßte doch vom Theater her um das Geheimnis der Gestaltung eines Vorgangs Bescheid wissen.

Georg Kulenkampff-Post hat eine entwickelte Violintechnik und weiß ein Programm aufzustellen, das ihn von den besten Seiten zeigt. Er hat es als Geiger in der Stadt, wo ein Berber und die strenge musikalische Richtung Tradition ist, nicht leicht: Und mit Recht! Denn bei uns schätzt man den Künstler mehr als den Virtuosen.

H. P.

Büchereinlauf.

Besprechungen unverlangter Werke vorbehalten. Sämtliche hier angezeigten Bücher können durch unseren Verlag, Thierschstraße 15, bezogen werden.

Taschenjahrbuch 1922. Die Deutsche Druck- und Verlagsanstalt „Gutenberg" in Dux (Böhmen) gibt, veranlaßt durch den guten Anklang, den das Jahrbuch vergangenes Jahr gefunden hat, auch diesmal wieder ein Taschenjahrbuch 1922 für deutsche Nationalsozialisten und nationale Gewerkschafter heraus.

Dieses Jahrbuch wird neben vielen aufklärenden und erzieherischen Beiträgen erster deutscher Politiker alles das enthalten, was von einem Jahrbuch alles gefordert werden kann, wie Kalendarium, Buchführungsblätter, Vormerkblätter, Gedenktage usw. Besonderer Wert wurde auf die bildliche Ausstattung gelegt. Dieses Büchlein wird jedem Volksgenossen eine Freude sein und sich besonders zu Geschenkzwecken eignen.

Der Preis des etwa 200 Seiten umfassenden Jahrbuches wird sich bloß auf 8 Kronen stellen, da ein Teil der Herstellungskosten durch Anzeigen gedeckt erscheint.

Da bereits zahlreiche Bestellungen auf dieses Jahrbuch eingelaufen sind, empfiehlt es sich, seine Bestellungen so bald als möglich einzusenden, damit die Höhe der Auflage bestimmt werden kann.

Bestellungen sind zu richten an die Deutsche Druck- und Verlagsanstalt „Gutenberg", Dux, Straße VII/94 (Böhmen).

Tag, wo der knurrende Magen den verführten Massen den Verstand erleuchten wird, sehr zum Mißbehagen der Leute vom Schlage Ledebours, des französischen Stiefelleckers. Es braucht nur der kommende Winter ein paar Grad Kälte zulegen, dann werden die Kastanbrüder bald merken, daß es in Deutschland „heißer“ wird, als es in Rußland war. Hoj.

Von der Dolchstoß„legende“

„In Wien ist eben die militärische Arbeit eines ehemaligen Obersten **Kerchnate** erschienen, in der das Märchen von dem Dolchstoß in den Rücken der Front gründlich ad absurdum geführt wird.“ So sudelt die alte Schachtel vom Altheimereck, auf ihren angefaulten Stockzähnen grinsend, voll Triumphfreude in Nr. 254 daher. Selbstredend weil sie fühlt, daß es notwendig sein wird, Stimmung zu machen für die Feier des „Nie-wieder-Krieg-Veteranen“ **Schützinger**. Das wenige, was diese Dreckschleuder aus dem genannten Werk anführt, genügt aber vollständig, um das Gegenteil von dem zu beweisen, was die „M. P.“ behauptet. Sie zitiert: Die sinkende Leistungsfähigkeit der Truppen sei in Armeebefehlen und so weiter vom September 1918 durchaus anerkannt worden. Der Kräftezustand der Heeresangehörigen (auch der Drückeberger in der Etappe? D. B.) sei als ausgesprochen geschwächt bezeichnet; das Durchschnittsgewicht des Mannes sei bei einer Division auf 50 Kilo herabgesunken; jeder Mann besitze höchstens noch eine Garnitur Wäsche usw. usw. Das alles mache das Kriegsende begreiflich.

Dazu einige Fragen: Wer hat denn den Krieg verloren, die Truppe oder die jüdische Verrats- und Umsturzpolitik? Wer hat dafür gesorgt, daß der Mann im Felde nichts mehr zu essen hatte? Die Kriegsgesellschaften, die Vieh und Fett und Kleider und Leder nach England über Holland verschoben haben oder zurückhielten, um Revolutionsgewinne zu machen! Wer hat gesorgt dafür, daß die Ersatzmannschaften nicht nur moralisch, sondern bereits körperlich ausgehungert in die Front kamen? Die Northcliffe-Erzberger-Propaganda und die Aushungerungspolitik Rathenaus im Bunde mit den Börsensinessen der Entente!

Das alles waren **keine Dolchstöße** in den Rücken des **Frontheeres**? Die Etappenhengste bekamen keinen, das wissen wir alle! Ich bleibe dabei: Hätte in Deutschland ein einziger Galgen nur gestanden, an dem das Schiebergelichter zu baumeln gekommen wäre, heute lägen die Franzosen mit ihrem frechen Maul im Atlantischen Ozean, und Europa hätte Ruhe! Hoj.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Nachrichten der Sturmabteilung.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 2 Uhr, treffen sich in Grünwald wiederum an der Trambahnhaltestelle der Linie 25 alle Gruppen der S.A. zu einem Ausfluge. Anzug: Sportanzug. Kameraden, die beim letzten Ausfluge nicht anwesend waren, haben unbedingt zu erscheinen. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß sich ab jetzt das neue Parteilokal in der Corneliusstraße 12 (Gärtnerplatz) mit der alten Telephonnummer 23620 befindet. **Die Sturmabteilung.**

•

In **Zwiesel** fand am 28. Oktober die Gründung einer Ortsgruppe der N.S.D.A.P. statt. Zuschriften sind zu richten an: **M. Stoiber jun., Zwiesel.**

Ein deutschvölkischer Prozeß!

Vor der Strafkammer 4 des Landgerichtes fand heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsrates Willmann Berufungsverhandlung statt in der Angelegenheit der am 10. November 1920 in Schwetzingen gesprengten Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Die Angelegenheit hatte schon einmal das Schöffengericht Schwetzingen beschäftigt. Damals war der jüdische Ziegeleibesitzer Jonas Kaufmann, Ketsch, von der Anklage der öffentlichen Beleidigung — er hatte geschrieben: „Deutsche Hunde“ und „Schweine“ — freigesprochen worden. Auf die von dem Gauwart Ernst und Herrn Litzinger eingelegte Berufung hin, die R.A. Dr. Oelenheinz, Mannheim, vertrat, wurde das Urteil des Schöffengerichts Schwetzingen vom 8. Juni 1921 aufgehoben und Jonas Kaufmann wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 100 M. und den gesamten, mehrere tausend Mark betragenden Kosten, auch derjenigen der Nebenkläger, verurteilt. Den Nebenklägern wurde das Recht zuerkannt, das Urteil innerhalb zweier Monate 14 Tage lang am Gemeindehaus in Ketsch und Schwetzingen anschlagen zu lassen.

Ein seltener Fall!

Antisemitenverfolgung in Bayern

Der neue Kurs Lerchenfeld, den die gesamte Judenpresse prophezeite, scheint begonnen zu haben. Auf Herrn Auer wurde ein „Attentat“ ausgeführt. Sieben Personen — so meldeten die Blätter — seien unter Verdacht der Täterschaft verhaftet, aus Mangel an „ausreichenden Beweisen“ aber wieder freigelassen worden. Sonst wird alles in ein großes Geheimnis gehüllt! **Uns** liegt daran nichts, und wir wollen mitteilen, daß die Verhafteten Mitglieder unserer Partei sind. Um 6 Uhr morgens wurden sie verhaftet, die Wohnungen bis aufs kleinste durchsucht, der Inhalt der Schränke durcheinandergeworfen, die Betten um und um gekehrt. Auf der Polizei empfing der Untersuchungsrichter sie einzeln mit den Worten: „Sie sind der Attentäter von Auer.“ Alle Verhafteten konnten ihr Alibi nachweisen. Trotzdem dies durch sofortige Umfrage in einigen Stunden hätte erledigt werden können, behielt man unsere Parteigenossen zum Teil 48 Stunden in Haft! Dem Untersuchungsrichter wurde die Meinung deutlich gesagt: Habe man für Rathenau 460 Kriminaler als Schutz herumgestellt, so könnten ein paar Leute doch wohl bereit sein, um anständige Menschen von einem falschen Verdacht zu reinigen!

Und dann: Trotzdem auch rein gar nichts Belastendes gegen die Verhafteten vorgebracht werden konnte, wurden sie alle dreimal wie Verbrecher photographiert und ihnen die Fingerabdrücke abgenommen.

Als der neue Polizeipräsident die Pressevertreter zu sich bat, sagte er, er hoffe, daß beiderseits mit Ritterlichkeit vorgegangen würde. Worin besteht nun diese neue Ritterlichkeit von seiner Seite?

Auf niederträchtige anonyme (jedenfalls jüdische) Denunziationen hin werden unbescholtene Männer kurzerhand hinter Schloß und Riegel gesetzt und, trotz erwiesener Unschuld, mit kriminellen Verbrechern auf eine Stufe gestellt. Es ist mit jüdischer Hetze soweit gediehen, daß ein jeder nichtswürdige Schurke bloß einen anonymen Wisch an die hohe Polizeidirektion zu schreiben braucht, und der so gemein Denunzierte wird ohne weiteres verhaftet.

In aller Öffentlichkeit wurde die jüdische Großfirma Isidor Bach seit Jahren des schamlosesten Wuchers bezichtigt; vor aller Öffentlichkeit wurde und wird dem jüdischen Viehhändlerverband die Ausplünderung Bayerns vorgeworfen, und kein Finger hat sich gerührt, um **die Juden** hinter Schloß und Riegel in Untersuchungshaft zu setzen.

Männer aber, die sich offen als Antisemiten und als Feinde dieser Volksaussauger bekennen, werden kurzerhand der Freiheit beraubt.

Ist das die neue Ritterlichkeit? Wir verlangen, daß die Lichtbilder unserer unschuldig angeklagten Parteimitglieder unverzüglich zerstört und die Fingerabdrücke vernichtet werden. Und wir verlangen Antwort auf die Frage: „Waren alle Denunziationen anonym? Und wenn nicht: **Wer** waren die Angeber?“

Erhalten wir keine Antwort, so behalten wir uns weitere Schritte vor.

Zum „Attentat“ selbst haben wir nur eines zu bemerken: Kein Mensch tötet den Auer besser, als er selber; die komisch-ernste Figur, welche dieser Viehjudenscheckwohltätigkeitsempfänger seit geraumer Zeit spielt, verbunden mit seinen „Enthüllungen“, wird bald ganz von selbst ausgespielt haben. Komische Männer ziert man nicht mit einem Märthyrerkranz.

Die deutschen Nationalsozialisten gegen eine slawische Donauföderation

Mit dieser Tagesordnung hielt der Parteiobmann Dr. Riehl in einer erweiterten Vertrauensmännersitzung der Wiener deutschen Nationalsozialisten unter Zuziehung von Vertrauensmännern der deutschen Nationalsozialisten in der Tschechei am Donnerstag, den 27. Oktober, abends, einen Vortrag über die politische Lage, auf Grund dessen folgende Entschließung gefaßt wurde:

Das zweite und letzte Abenteuer des früheren österreichisch-ungarischen Monarchen ist, wie wir nicht anders voraussetzten, an dem Widerstand Ungarns selbst gescheitert. Eine karlistische Gefahr hat ernstlich überhaupt nicht bestanden, denn es bedeutet eine volle Verkennung der ungarischen Geschichte, diesem zuzumuten, daß es die „Knochen eines ungarischen Baka's“ etwa gar für eine Wiedereinsetzung eines habsburgischen Kaisers in Wien opfern würde, ganz abgesehen davon, daß dieses Beginnen selbstverständlich an dem Widerstand der ungeheuren Übermacht aller Gegner von vornherein aussichtslos erschien. Viel gefährlicher scheint uns die nun hervortretende Absicht der eigentlichen Todfeinde des deutschen **und** ungarischen Volkes, der Tschechen und Serben, die diesen Anlaß benützen und unter Ausnützung der Arglosigkeit, Schwerfälligkeit und falschen Führung der Deutschösterreicher durch deren große Parteien nun einen slawischen Ring um uns ziehen und womöglich noch Deutschland als Vasallen in diese wirklich gefährliche Donauföderation einzubeziehen.

Wir erheben namens der fast 4 Millionen geknechteter Deutscher in den Sudetenländern und Hunderttausender solcher, welche in Österreich wohnen und die nun als Schergen für den tschechischen Staat gegen ihre natürlichen Bundesgenossen einberufen werden, entschieden Einspruch und fordern von der österreichischen Regierung Protest gegen die Einberufung sogenannter tschechischer Militärpflichtiger aus unserem Staatsgebiet. Sollte es wirklich zu kriegerischen Handlungen Tschechiens, das seinen slowakischen Raub befestigen und auf neuen Raub ausgehen will, gegen Ungarn kommen, so fordern wir alle deutschen Soldaten, die nun Zwangsdienste leisten müssen, auf, das tschechische Beispiel im Weltkriege in verstärktem Maße zu befolgen: Die wahre Ursache des Kesseltreibens gegen „Horthy-Ungarn“ ist natürlich nur der Haß der Juden gegen den Antisemitismus, der in diesem Staat wenigstens teilweise zur Herrschaft gekommen ist. Traurig genug, daß die arischen Völker und gegen ihr nationales Interesse sogar die deutschen Parteien sich arglos in den Dienst des Judentums stellen. Wie lächerlich das Geschrei gegen den ungarischen Militarismus, Gewaltherrschaft und Monarchismus ist, brauchen wir bloß durch Nennung des Militärstaates Tschechoslowakei, des Diktatur- und Militärstaates Sowjetrußland und des Königreiches S. H. S. zu veranschaulichen. Oder hat man in der benebelten deutschen Öffentlichkeit schon vergessen, daß in S.H.S. neben 1 Million Schwaben die Deutschen Steiermarks viel grausamer unterdrückt werden als irgendwoanders, oder vielleicht gar über den langsamen, aber zielbewußten Ausrottungskrieg der Tschechen gegen die Deutschen in den Sudetenländern, deren Entscheidung im Selbstbestimmungsrecht gegen den tschechischen Staat wohl viel zweifelloser wäre als die der Ödenburger.

In derselben Sitzung wurde auch eine Warnung an das Börsenblatt „Wiener Allgemeine Zeitung“ beschlossen, weiterhin Lügenmeldungen über den bayerischen Gesinnungsgenossen Adolf Hitler zu verbreiten, der gleichzeitig des Karlismus, der Freundschaft mit Ludendorff und der Wittelsbacherei, sowie förmlich der Mordanstiftung beschuldigt wird. Die nichtjüdische Bevölkerung wird ernstlich aufgefordert, endlich den Trennungsmanövern der Juden nicht länger auf den Leim zu gehen.

Hochschulring deutscher Art

Am 27. Oktober hielt der H.d.A. München die erste Vertretersitzung seiner Mitgliedergruppen im Wintersemester 1921/22 ab. Nach einem Bericht über die Arbeit in den Semesterferien und nach der Entlastung des Vorstandes fand die Übergabe des Vorsitzes statt. Herr **Pankow** legte den Vorsitz nieder, nachdem er ein Jahr lang mit unermüdlichem Eifer und unter Einsetzung seiner ganzen Arbeitskraft für den H.d.A. München gewirkt hatte. Wenn heute nach fast einjährigem Bestehen der Hochschulring im studentischen wie im öffentlichen Leben ein bedeutender Faktor geworden ist, so gebührt ihm in erster Linie das Verdienst. Der neue Vorsitzende, Herr **E. A. Müller**, Isarid, dankte dem alten Vorstande für die geleistete Arbeit und forderte jeden einzelnen zu tätiger Mitarbeit auf, damit der Hochschulring wirklich als das dastehe, was er erstrebt: als der Zusammenschluß der gesamten deutschen, völkischen Studentenschaft!

Wir wünschen dem Hochschulring allen Erfolg in seiner völkischen Arbeit und hoffen, daß er rücksichtslos und geradeaus dem Ziele zustrebt: Reinigung der Hochschulen Münchens von jüdischen Studenten und Professoren.

Münchner Nachrichten

Tarifbewegung für die Angestellten im Maßschneidergewerbe. Vom Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband und Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten) erfahren wir, daß für die kaufmännischen Angestellten im Schneidergewerbe mit Wirkung ab 1. Oktober 1921 eine Gehaltsvereinbarung getroffen wurde, die folgende Gehaltssätze vorsieht: im 4. Berufsjahr männlich 615 M., weiblich 535 M.; im 5. 680 M. (590 M.); im 6. 750 M. (630 M.); im 7. 830 M. (675 M.); im 8. 910 M. (740 M.); im 9. 975 M. (840 M.); im 10. 1055 M. (980 M.); im 11. 1175 M.; im 12. 1295 M. Für die Gruppe II erfolgt ein Zuschlag von 20%, für die Gruppe III ein solcher von 33 1/3%. Verheiratete erhalten eine monatliche Zulage von 75 M. Nähere Auskunft erteilen der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Fernsprecher 24291, und der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten, Fernsprecher 27967.

— In den **Vorbereitungskursen für Auswanderer** (jeden Samstag in der Technischen Hochschule) hielt Samstag, 29. Oktober, Herr **Rebhahn** einen Vortrag über: Die Vereinigten Staaten als Auswanderungsziel. Herr Rebhahn, der während der langen Zeit, die er in Amerika verbrachte, ein guter Deutscher geblieben ist, riet im allgemeinen ab, nach den Vereinigten Staaten zu gehen. Wer so viele Dollars sein eigen nennen könnte, als er drüben brauchte, um etwas anzufangen, wäre ja bei uns in Deutschland ein reicher Mann. Empfehlen könne man das Auswandern nur Dienstboten, an denen großer Mangel herrsche, und vielleicht noch Technikern. Herr Rebhahn erzählte dann noch interessante Dinge über Wohnungsnot, Nahrungsmittelwucher, Wirtschaftskrisis und anderes in den Vereinigten Staaten. Sein Vortrag wurde lebhaft bedankt. Er wurde ergänzt durch eine Reihe guter Lichtbilder. F. d. E.

— **Das deutsche Volk in Waffen.** Unter diesem Titel ist nunmehr ein Bilderbuch für Erwachsene erschienen. Zahlreiche Farbendrucke, Zeichnungen und Photographien aus der bedeutungsvollen Zeit des Weltkrieges sind darin zusammengestellt, erklärt und erläutert durch kleinere Aufsätze. Die ersten Seiten geben freien Raum für Eintragungen von Kämpfen und Ereignissen der Mitkämpfer. So soll dadurch dieses Werk ein Denkmal werden für das traute Heim, für die Familie, den gefallenen und lebenden Helden gewidmet. (Siehe Inserat.)

Wünschen Sie

daß in der Zustellung Ihres Blattes keine Unterbrechung eintrete, dann zahlen Sie noch heute das rückständige Bezugsgebühr für das IV. Vierteljahr auf unser Postscheckkonto München 11 346 ein.

Antisemiten!

Bezieht Eure Literatur nur durch die **Deutschvölkische Buchhandlung, München,** Thierschstraße 15.

„**Zwei wunderbare Sachen**“ sagt ein alter Patient, „führen Sie mit Ihren **Oramintabletten** und Ihrem **Germosan**. Ihr Oramin hat bei meiner oft unerträglichen Gicht und Rheuma glänzend geholfen, und Ihre vortrefflichen Germosankapseln trage ich stets in der Westentasche bei meinen plötzlichen und ekelhaften Migräne- und Neuralgieanfällen. Mit diesen beiden Mitteln müßten Sie eigentlich Bombengeschäfte machen.“ In Apotheken erhältlich, à 6 M.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife

Verantwortlich für die Schriftleitung: **Dietrich Eckart.** Für den Anzeigenteil: H. Pickl. — Verlag: Frz. Eher, Nachf., G.m.b.H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller u. Sohn. —

Geeignete Herrn als Bez.-**Vertreter** ges. z. Vertriebe d. vielf. empf., vaterl., neu ersch. illustr. Prachtwerks **„Das deutsche Volk in Waffen“** uns. Helden gewidm. als Denkmal i. unserm Heim, unserer Familie. — Hoh. Verd. zugespr. b. vornehm. leichter Tätigk. u. reichl. Adr.-Material. Off. a. K. Hartlieb, Bücherrevisor, München O 9.

N. S. D. A. P.-Mitglieder besucht **Café und Gaststätte „Eisernes Kreuz“** München, Reichenbachstraße 24, Telephon [illegible]. Vorzügl. Mittag- u. Abendtisch, ff. Paulanerbräu [illegible], vorzügl. Kaffee sowie Gebäck aus eigener Konditorei. Jeden Samstag und Sonntag Konzert

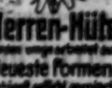
[illegible]-Ausschank **Peterhof-Spiele** Marienplatz 26. Erstklassiges Familien-Programm. Täglich 8—11 h. Sonn- und Feiertage 4 und 8 Uhr, ebenso morgens 10 Uhr. Urfideler **Frühschoppen** mit Wiener Schlager und Musik. Anerkannt gute Küche. Die Direktion.

Möbeltransporte per Bahn oder Auto, hier und auswärts, unter meiner Leitung. Georg Huber, München, Bayerstr. 73. Tel. 55061. Schöne Einlagerungsräume

Herren- u. Damengarderoben fertigt aus mitgebrachten Stoffen **Josef Reiter** [illegible]str. 52/2 Ecke Pestalozzistr., Tel. [illegible]. Übernahme aller einschlägigen Arbeiten, Reparaturen, Wenden, Modernisieren, Umarbeiten von Militär- in Zivilkleider. Prompte Bedienung. Tadellose Ausführung. Tuchlager. Mäßige Preise.

DETEKTIV Friedrich Tierbächer München, Dienerstraße 8/II. Inhaber der ersten Detektei und Auskunftei Süddeutschlands hat seine Verbindungen in der ganzen Welt und ermittelt alles.

Löwenbräukeller Täglich große **KONZERTE** Erstklassiger [illegible] Kapellen


Herren-Hüte werden umgearbeitet auf **Neueste Formen**, gereinigt, gefärbt, garniert. **Kurt Weise**, [illegible] Frauenhoferstr. 8 Linie 2, 7

Korsetts von M. 75.— an. [illegible] G. Hofmann, [illegible] 7, 17. Telephon [illegible].